



Presseschau vom 11.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Saakaschwili gelangt in Ukraine: Anhänger durchbrechen Sperre – VIDEO

Im Netz ist ein Video aufgetaucht, auf dem zu sehen ist, wie am Sonntag der ehemalige Präsident Georgiens und frühere Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, über den ukrainisch-polnischen Grenzübergang Schegini in die Ukraine gelangt.

Das Video zeigt, wie Saakaschwili mit Hilfe seiner Anhänger den Kordon der ukrainischen Grenzer durchbricht und ukrainisches Territorium betritt.

Journalisten berichten vor Ort, Saakaschwili habe danach eine Ansprache an seine Anhänger gehalten. Daraufhin habe er sich in die ukrainische Stadt Lwiw begeben.

Zuvor hatte Saakaschwili die Absicht bekundet, am 10. September in die Ukraine zurückzukehren. Zunächst wollte er mit dem Bus den polnisch-ukrainischen Grenzübergang Krakowez passieren, später entschied er sich für den Zug. Beamten der ukrainischen Eisenbahngesellschaft „Ukrsalisnyzja“ sollen ihm aber verboten haben, mit dem Zug die Grenze zu überqueren. Letztlich erreichte Georgiens Ex-Präsident den Grenzübergang Schegini mit dem Bus und passierte diesen zu Fuß...

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/u0xO6b7ssIE" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/u0xO6b7ssIE>

Dan-news.info: Ein mögliches Erscheinen von UN-Friedenstruppen an der Abgrenzungslinie im Donbass wird den Abzug der schweren ukrainischen Waffen ins Hinterland nicht befördern. Diese Auffassung vertrat in einer Sendung des Programms „Themen der Woche mit Irada Sejnalowa“ das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Wir sind bereit, mit Kiew Bedingungen für die Anwesenheit einer UN-Friedensmission zu diskutieren, aber ich denke, Kiew will einfach das ganze Territorium einnehmen, die Grenzen unter Kontrolle nehmen, Truppen hierhin schicken“, sagte er. „Kiew muss die Truppen von der Kontaktlinie abziehen, aber Kiew wird das nie tun, ob dort Friedenstruppen sind oder nicht. Kiew bereitet sich auf einen Krieg vor“.

Dabei ist nach den Worten des Republikoberhauptes von der ukrainischen Seite aus eine Sättigung der Front mit Waffen zu beobachten, regelmäßig sind auch Versuche festzustellen, die Verteidigungslinie der DVR zu durchbrechen. „Dies sind keine einmaligen oder chaotischen Fälle. Dies ist eine zielgerichtete Überprüfung auf Schwachstellen hin, Aufklärung durch Kampf“, unterstrich er.

„Eine ideale Variante, in Frieden mit der Ukraine auseinanderzugehen, ist die Unabhängigkeit der DVR, dass Kiew sie anerkennt. Das ist meine persönliche Meinung und ich denke, eine solche Meinung unterstützen unsere Bürger. Und weiter werden wir selber entscheiden, wie wir leben werden, mit wem wir befreundet sein werden, in welchen Staat wir eintreten werden, das ist bereits eine Entscheidung der Einwohner selbst“, fasste Sachartschenko zusammen.

vormittags:

ukrinform.ua: Hrojsman über Durchbruch der Staatsgrenze: Anfang eines Angriffs auf ukrainische Staatlichkeit

Regierungschef der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, hat den Durchbruch der ukrainischen Staatsgrenze von Micheil Saakaschwili mit seinen Anhängern am Grenzübergang Schehyni ein Verbrechen und Anfang eines weiteren Angriffs auf die ukrainische Staatlichkeit genannt. Die Beteiligten sollten zur Verantwortung gezogen werden, schrieb Hrojsman auf Facebook. Er forderte besonders harte Strafe für diejenigen, die die Jungs, die den Staat und seine Grenze verteidigen, beschimpften und ihnen gegenüber handgreiflich wurden.

Hrojsman betonte, der Grenzdurchbruch sei nicht einfach ein Verstoß gegen das Gesetz „Meiner Ansicht nach ist das der Anfang eines weiteren Angriffs auf die ukrainische Staatlichkeit. Ich will nicht über Micho Saakaschwili reden. Er hat seine Ziele und Motive. Ich spreche über unsere Politiker-Populisten, die nach dem Motto je schlimmer desto besser handeln.“

Der Premier erinnerte daran, dass er bei der Eröffnung der Plenarsitzungen des Parlaments über die Möglichkeiten der wichtigen Entscheidungen in der Wirtschaft und im Sozialbereich gesprochen hatte. Er habe aber auch vor Versuchen, die Situation in der Ukraine zu destabilisieren, gewarnt. „Leider ist das passiert.“

de.sputniknews.com: Krim-DDR-Vergleich: Wurde Merkel von russischen Hackern beeinflusst? – Moskau

Mit ihrer jüngsten Aussage über die Wiedervereinigung der Krim mit Russland hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Moskau einen guten Dienst erwiesen – wenn auch ungewollt. Das meint die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. Sie warnt die Kanzlerin: Medien können sie für „gehackt“ haben.

Sacharowa schrieb auf ihrem Facebook-Account zu Merkels Krim-DDR-Vergleich vom

Wochenende:

„Hatte sich überhaupt jemand vor ein paar Jahren vorstellen können dass die deutsche Kanzlerin das komplizierte Krim-Dilemma löst, indem sie es schlichtweg im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung erwähnt?“

Bundeskanzlerin Merkel hatte in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (F.A.S.) die Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland mit der deutschen Teilung in die DDR und BRD verglichen: „Wenn ich jetzt zum Beispiel so höre, die russische Annexion der Krim müsse man einfach akzeptieren, dann überlege ich: Was wäre denn passiert, wenn man damals so mit uns in der DDR umgegangen wäre, nach dem Motto, ist ja klar, dass Deutschland geteilt bleibt, daran wird sich nichts mehr ändern.“

Ministeriumssprecherin Sacharowa erinnerte daran, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow auf der Münchner Konferenz im Jahr 2015 einen ähnlichen Vergleich gezogen hatte: Die deutsche Vereinigung sei im Unterschied zu den Krim-Geschehnissen ohne jegliche Referenden abgelaufen und Moskau habe den Willen des deutschen Volkes trotzdem befürwortet und unterstützt. Diese Worte des russischen Chefdiplomaten hätten damals aber für Unmut gesorgt.

„Nun ist die gleichzeitige Erwähnung der Geschichte mit der Krim und der Wiedervereinigung Deutschlands wenn auch ein recht ungeschickt ausgedrückter, aber tatsächlich bestehender Standpunkt der deutschen Spitze“, betonte Sacharowa. Sie mache sich aber Sorgen, dass ein bestimmter Verdacht auf Merkel fallen könne, fügte sie ironisch hinzu:

„Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass deutsche Medien morgen schreiben werden, dass ‚russische Hacker‘, die so gut als Schreckgespenster für die Deutschen dienen, diesmal nicht die Server des Wahlkampfhauptquartiers, sondern gar den Kandidaten selbst gehackt hätten. Auf jeden Fall würde sich der alte Freud über beides freuen.“...

[ukrinform.ua: Außenministerium: Ukraine erkennt „Wahlprozesse“ auf besetzter Krim nicht an](#)

Das ukrainische Außenministerium protestiert entschieden gegen „Wahlprozesse“ auf der besetzten Krim, twitterte die Sprecherin des Außenministeriums Marjana Beza.

„Wir drücken starken Protest im Zusammenhang mit „Wahlprozessen“ auf der besetzten Krim aus“, schreibt Beza.

Ihr zufolge sind diese „Wahlprozesse“ ein Verstoß gegen das Völkerrecht und die Gesetze der Ukraine.

„Die Ukraine erkennt jegliche „Wahlprozesse“ auf der besetzten Krim nicht an. Russland verletzt grob das Völkerrecht und die Gesetze der Ukraine“, stellte Marjana Beza weiter fest. Am 10. September fanden in Sewastopol die sogenannten „Wahlen“ des „Gouverneurs“ statt.

[de.sputniknews.com: Schoigu ruft Uno zu mehr Hilfe für Syrien auf](#)

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat einen Brief an den UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, gerichtet, in dem er dazu aufgerufen hat, die humanitäre Hilfe für Syrien durch die Uno und andere Organisationen zu intensivieren. Das hat Russlands Verteidigungsministerium am Montag mitgeteilt.

Schoigu machte darauf aufmerksam, dass die internationale Gemeinschaft noch aktiver der syrischen Bevölkerung helfen solle, wobei sie sich an dem Wiederaufbau der zerstörten Häuser, Schulen, Krankenhäuser und Infrastrukturobjekte beteiligen solle.

„Im Dokument heißt es, dass die Regierungstruppen mit Unterstützung der russischen Luft- und Weltraumkräfte große Territorien Syrien befreit haben. Dabei wurden Bedingungen für den Wiederaufbau eines friedlichen Lebens geschaffen. Aber nicht alle Syrer, so Schoigu, können in ihre Häuser zurückkehren“, so das Ministerium.

„Viele Ortschaften wurden durch Terroristen zerstört. Tausende Wohnhäuser, Schulen und medizinische Behörden sowie Objekte der Sozial-Infrastruktur sind jetzt Ruinen“, heißt es weiter.

Russland gewährleistet demnach humanitäre und medizinische Hilfe und beschäftigt sich u. a. mit der Minenräumung der befreiten Territorien. Damit Hunderttausende Flüchtlinge zurück nach Hause können, benötige Syrien die Bündelung der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft.

Auf der offiziellen Seite des russischen Verteidigungsministeriums wurde eine Liste mit allen Städten und Ortschaften veröffentlicht, die besonders hilfsbedürftig seien.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 12 Mal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von Perwomajsk, Frunse, Losowoje, Shelobok, Snamenka, Molodjoshnoje und Kalinowka.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Genozid im Donbass: Russland ermittelt gegen ukrainische Militärs

Russlands Ermittlungskomitee hat 20 Ermittlungen gegen hochrangige ukrainische Militärs, die am Donbass-Konflikt teilgenommen hatten, eingeleitet. Das hat die Sprecherin der Behörde, Swetlana Petrenko, mitgeteilt.

„Das russische Ermittlungskomitee hat Beweise der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit in der südöstlichen Ukraine gesammelt und Dutzende Verbrechen gegen die russischsprachige Bevölkerung vom Donbass dokumentiert“, betonte sie.

Ihr zufolge wird wegen des Genozides sowie des Einsatzes verbotener Kriegsmittel und —methoden ermittelt. Unter Verdacht stehen der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak, seine Stellvertreter, Iwan Rusnak, Iwan Schewtschuk, Igor Pawlowskij, Aleksander Dubljan, sowie der Chef des Generalstabs, Wiktor Muschenko, und seine Stellvertreter, Igor Kolesnik, Sergej Bessarab und Wladimir Chischij.

Das Komitee geht davon aus, dass diese Personen in den Jahren 2016/2017 Militäroperationen geleitet hatten und dabei „Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wissentlich verbrecherische Befehle erteilt hatten“. Es sei angeordnet worden, Objekte der Zivillinfrastruktur in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk gezielt mit Artillerie zu beschießen.

Ukrinform.ua: Russland leitet gegen ukrainische Militärführung „Strafverfahren“ ein
Das russische Untersuchungskomitee hat auf seiner Webseite erklärt, dass gegen die Führung des Verteidigungsministeriums der Ukraine, einschließlich des Verteidigungsministers Stepan Poltorak, 20 „Strafverfahren“ eingeleitet wurden.

Die „Strafverfahren“ sollen nach Artikel 356, 357 des StGB der Russischen Föderation (Verwendung von verbotenen Mitteln und Kriegsmethoden) eingeleitet worden sein.

Im Allgemeinen berichtet das russische Untersuchungskomitee über die Einleitung allein in diesem Jahr von Dutzenden von „Strafverfahren“ gegen die Militärangehörigen der Streitkräfte der Ukraine. Aber de facto wurden die Strafverfahren gegen die ukrainischen Soldaten für die Abwehr der russischen Aggression eingeleitet.

de.sputniknews.com: Beschlagnahmtes Konsulat: Lawrow verspricht US-Diplomaten „Angleichung“

Nach der umstrittenen Beschlagnahme russischer diplomatischer Vertretungen in den USA will Russland laut Außenminister Sergej Lawrow nun die Arbeitsbedingungen der amerikanischen Diplomaten in Russland denen der russischen Diplomaten in den USA

angleichen.

Washington habe seine Forderung, eines der vier russischen Generalkonsulate in den Vereinigten Staaten zu schließen, mit der Parität begründet, weil die USA in Russland nur vier Generalkonsulate hätten, sagte Lawrow am Montag.

„Wenn sie (die USA – Anm. d. Red.) schon von der Parität als Kriterium ausgehen, werden wir jetzt die Arbeitsbedingungen der amerikanischen Vertretungen in Russland mit jenen der russischen in den USA vergleichen und damit in Einklang bringen — das wird unter Parität verstanden.“

Die US-Regierung hatte am 31. August Russland vorgeschrieben, das russische Generalkonsulat in San Francisco sowie die Handelsvertretungen in Washington und New York binnen zwei Tagen zu räumen. Kurz danach wurden die diplomatischen Einrichtungen — trotz Proteste aus Moskau- durchsucht.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow verurteilte die Beschlagnahme der diplomatischen Einrichtungen als Völkerrechtsbruch und kündigte an, Russland werde vor Gericht gehen...

Armiyadnr.su: Operative Informationen über die Lage

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 32 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 15 Ortschaften der Republik mit Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Zusätzliche Informationen werden ermittelt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Syrien: Moskau wirft US-Koalition Schutz von Terrororganisation Al-Nusra vor

Versuche einiger Teilnehmer der US-geführten Anti-IS-Koalition, die Terrorgruppierung Al-Nusra Front aus der Schusslinie zu nehmen, sind laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow unzulässig.

Er erinnerte daran, dass Moskau und Washington zuvor ein Schema herausgearbeitet haben, welches bei dessen Umsetzung hätte helfen können, bessere Erfolge bei der Syrien-Regelung zu erzielen.

„Ihnen (den USA – Anm. d. Red.) hat es jedoch am Geist, Mut, Fähigkeit oder Möglichkeit gefehlt, Al-Nusra Front von den Oppositionellen abzutrennen, mit denen die US-Seite (in Syrien – Anm. d. Red.) zusammenarbeitete“, sagte Lawrow. „Wir haben heute übrigens darüber gesprochen, dass die Situation rund um Al-Nusra Front, die gleich mehrere Teilnehmer der US-Geführten Koalition zu beschönigen und aus der Schusslinie zu nehmen versuchen, weiter doppeldeutig ist. Das ist absolut unzulässig“, betonte der Minister.

Ihm zufolge ist Al-Nusra Front, genauso wie die Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh), eine Organisation, die der UN-Sicherheitsrat als terroristisch einstuft.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, die Zahl der Beschüsse ist gestiegen, in den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen 12 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Bei den Beschüssen wurden Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 60 Mörsergeschosse und Granaten abgeschossen. Von unserer Aufklärung wurde im Verantwortungsbereich der 14. mechanisierten Brigade in Stschastje die Anwesenheit einer Einheit mit **20 ausländischen Söldnern, vermutlich aus Polen**, festgestellt.

Nach Informationen von örtlichen Einwohnern hat in Teploje, Staniza-Luganskaja-Bezirk eine der Einheiten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte einen **Teil eines Schulgebäudes eingenommen** und nutzt es zur Unterbringung von 25 bis 30 Mann.

Es ist festzustellen, dass auf dem Gebiet der Schule sich zwei Lastwagen „Ural“ und ein Schützenpanzer befinden.

Ich will unterstreichen, dass die Schule in Betrieb ist und am 1. September dieses Jahres etwa hundert Schüler aufgenommen hat, was auch ukrainischen Informationsagenturen bestätigen. Auf diese Weise bringt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte mit seinen Handlungen nicht nur sein Personal, sondern das allerteuerste, das wir haben, Kinder, in tödliche Gefahr. Solche Handlungen demonstrieren deutlich das Verhältnis der ukrainischen Straftruppen zu den friedlichen Einwohnern auf dem zeitweilig von den ukrainischen Truppen besetzten Territorium.

de.sputniknews.com: Krim-DDR-Vergleich: Deutsche Geschichte bricht Merkels „felsenfestes“ Argument

In ihrer Wahlkampfpolemik zeigt sich Angela Merkel bereit, für die territoriale Integrität der Ukraine einzustehen, „vergisst“ aber blindlings die Geschichte ihres eigenen Landes, sagt der Politologe Juri Potschta. Er erinnert an das „Verschlingen“ der DDR durch die Bundesrepublik und spricht von einem „Diktat“ in den neuen Bundesländern. Kanzlerin Merkel habe sich definitiv vergriffen, bei ihrem Vergleich zwischen dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten und der Wiedervereinigung der Krim mit Russland, sagte Potschta, Professor an der Russischen Universität der Völkerfreundschaft, in einem Gespräch mit dem Portal „rueconomics“.

„Zur Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands ist es nur gekommen, weil die Großmächte sich dafür ausgesprochen hatten. Großbritannien und Frankreich hatten an dieser Entscheidung indes stark gezweifelt“, erinnert der Wissenschaftler. „Doch hat Moskau – für alle überraschend – sich für diesen Schritt eingesetzt und dabei die eigenen Interessen hintenangestellt.“ Maßgebend sei die Entscheidung Russlands und der USA gewesen.

„DDR wurde verschlungen“

Aber eigentlich könne bei der Wiedervereinigung Deutschlands von einem Zusammenschluss zweier Staaten keine Rede sein: „Die Bundesrepublik hat Ostdeutschland praktisch verschlungen.“ Die Menschen in der DDR habe ja niemand gefragt, betonte der Politologe.

„Russland hatte seine Truppen innerhalb einiger Tage aus der DDR abgezogen und die Bundesrepublik setzte dort eine Politik des Diktats in Gang“, erklärte der Professor.

Bundeskanzlerin Merkel hatte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gesagt: „Wenn ich jetzt zum Beispiel so höre, die russische Annexion der Krim müsse man einfach akzeptieren, dann überlege ich: Was wäre denn passiert, wenn man damals so mit uns in der DDR umgegangen wäre, nach dem Motto, ist ja klar, dass Deutschland geteilt bleibt, daran wird sich nichts mehr ändern?“ Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete diese Erklärung auf ironische Weise als „felsenfestes Argument“.

„Säuberungen auf allen Ebenen“

Merkels Erklärung sei „eine politische Unverschämtheit“, kommentierte Potschta. Damit werde Kiew ganz offen dazu getrieben, die Interessen der Menschen auf der Krim und im Donbass zu missachten. „So nach dem Motto, man müsse ja nur so vergehen wie die BRD beim Anschluss der DDR“, so der Politologe.

„Damals hatte die Bundesrepublik unverzüglich mit Säuberungen auf allen Verwaltungsebenen begonnen, um die Sowjetkader zu entfernen.“ Selbst die Lehrstühle an den Hochschulen seien gesäubert worden. „Alle sind unter diese Presse geraten“ – selbst die Dozenten der „unschuldigen“ Sprachwissenschaften.

Wenn Merkel heute andeute, dass die Ukraine heute keinen Dialog mit dem Donbass und der Krim brauche, dann bringe sie auf diese Weise „Missachtung gegenüber ihren Vorgängern zum Ausdruck“, so der Experte weiter. „Und vergisst gerne die Dankbarkeit gegenüber Russland.“ Denn eben Russland habe Deutschlands Einheit ermöglicht. „Dies ist grob und politisch unschön“, Merkels Erklärung stehe de facto im Widerspruch zum Minsker Abkommen. „Doch Merkel folgt einfach dem US-vorgegebenen Krim-Kurs“, sagte Potschta. Die Kanzlerin habe bestimmt nicht vergessen, so der Wissenschaftler weiter:

„Jedes Mal, wenn Deutschland mit Russland stritt, litt der gesamte Kontinent darunter, was aber die Anglosachsen freute. Sie betreibt eine offensichtlich proamerikanische Politik, was den politischen Eliten in Deutschland aber nicht gefällt.“

Die Deutschen hätten bereits „die Nachteile der Sanktionspolitik“ erkannt und seien sich „ihrer Nutzlosigkeit“ bewusst. „Es kommt das Verständnis dafür auf, dass man die Krim-Frage wird beiseitelegen müssen: Es gibt eine Willenserklärung der Menschen auf der Schwarzmeerhalbinsel und die Entschlossenheit des Kreml, dieses Gebiet unter allen Umständen zu halten“, stellt der Politologe fest.

Das heißt: „Deutschland wird die Lage nicht ändern können, wohingegen ein Dialog im Verhältnis zu Moskau doch günstiger ist.“ Aber es sei ja auch nicht ausgeschlossen, dass Merkel sich auch in dieser Frage „in einer nicht allzu fernen Zukunft“ flexibel zeige.

de.sputniknews.com: FBI-Ermittlung gegen Sputnik? – Simonjan: „Redefreiheit dreht sich im Grab um“

Sputnik-Chefredakteurin Margarita Simonjan hat die mutmaßlichen Ermittlungen der US-Bundespolizei FBI gegen diese russische Nachrichtenagentur scharf kritisiert.

„Kein Zweifel, dass Russland auf die FBI-Ermittlungen reagieren und die Arbeit der amerikanischen Journalisten in Moskau unter die Lupe nehmen wird“, sagte Simonjan am Montag. „Das Ganze ist mehr als abscheulich. Die Redefreiheit dreht sich im Grab um – sie wurde von denen getötet, von denen sie einst ausgedacht worden war.“

Das Nachrichtenportal Yahoo News hatte unter Berufung auf anonyme Quellen berichtet, dass das FBI den ehemaligen Sputnik-Mitarbeiter Andrew Feinberg vernommen habe.

Die Vernehmung sei im Rahmen der Ermittlungen zu den „Berichten“ erfolgt, dass Sputnik „russische Propaganda“ verbreite und dadurch gegen das amerikanische Agentengesetz (Foreign Agents Registration Act, FARA) verstieße. Laut Yahoo News verschaffte sich das FBI zudem Zugriff auf einen dienstlichen Briefwechsel zwischen Feinberg und seinem ehemaligen Washingtoner Sputnik-Kollegen John Fionda.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden von 32 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **neun Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 38 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Umgebung von **Leninskoje, Sachanka und Kominternowo** abgeschossen und außerdem aktiv verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner neun Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die

Umgebung von **Sajzewo und Dolomitnoje** abgeschossen, Michajlowka wurde mit Schützenpanzern und Schusswaffen beschossen.

Von der Kommission zur Sammlung von Fakten von Kriegsverbrechen wurde eine Bewertung des Schadens an den Wohnhäusern in Jasnoje, die von einem Beschuss am 10. September durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte betroffen waren, vorgenommen. Die Strafverfolgungsorgane der Republik bereiten sich darauf vor, ein Strafverfahren dazu aufzunehmen. Im Ganzen ist in der DVR die Arbeit zur Sammlung Beweisen für das Genozid der ukrainischen Truppen gegen friedliche Einwohner, zur Stellung von Anträgen an den internationalen Strafgerichtshof und zur Übermittlung von Materialien an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und Rechtsschutzorganisationen organisiert.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde das 3. Spezialregiment der ukrainischen Streitkräfte nach einer beschleunigten Ausbildung auf dem Jaworoskij-Truppenübungsplatz in die Zone der sogenannten ATO verlegt. Zur Bewaffnung der Regiments gehören Scharfschützengewehre nach NATO-Standard des Kalibers 10,2mm und 12,7mm mit einer vergrößerten Schussreichweite von 2 Kilometern.

Die beschleunigte Umschulung und Änderung der Bewaffnung ist mit der Planung einer neuen Provokationswelle unter Anwendung von Scharfschützenwaffen verbunden, die gegen unsere Soldaten und die friedliche Bevölkerung gerichtet ist. Die ukrainischen Strafsoldaten zählen darauf, dass ihre Handlungen in Bezug auf das Genozid an der Bevölkerung des Donbass unter Verwendung von Scharfschützenwaffen von den internationalen Beobachtern nicht festgestellt werden können. Aber ich bin bereit, die Strafsoldaten zu enttäuschen. Jede verbrecherische Handlung der ukrainischen Truppen wird von uns festgehalten und die Materialien in der Folge an internationale Gerichtsinstanzen übergeben werden.

Im Gebiet von Krasnogorowka wurde die Ankunft von zwei Panzerzügen bemerkt. Dort wurde auch die **Ankunft eines Zugs Söldner aus Großbritannien** am Stationierungsort des 46. Spezialbataillons der 92. mechanisierten Brigade festgestellt.

Die amerikanischen und englischen Söldner fotografieren offen, erörtern den Prozess der Ausbildung in den sozialen Netzen und gegen ukrainischen Fernsehsendern Interview. Nach den Überlegungen der Kiewer Führung soll eine solche Anwesenheit den Kampfgeist der vom Krieg ermüdeten Soldaten erhöhen.

Aber der gesamte Maßnahmenkomplex, der von der ukrainischen Führung unternommen wird, kann nicht den Niedergang der Armee und die Meinung der Bevölkerung ändern. Darüber, dass die Kiewer Truppen gegen das Volk kämpfen.

de.sputniknews.com: Lawrow: Militärpräsenz von USA in Syrien verletzt internationales Recht

Die militärische Präsenz der USA in Syrien verstößt gegen das internationale Recht, die gegebene Möglichkeit für den Kampf gegen den Terror sollte man laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow jedoch nutzen.

„Wir haben von vornherein sehr klare Positionen vertreten. Alle, die sich in Syrien oder im syrischen Luftraum ohne die Einwilligung der syrischen Regierung aufhalten, verletzen das internationale Recht“, betonte Lawrow. „Russland ist hier auf direkter Einladung der legitimen syrischen Regierung im Einsatz, genauso wie Vertreter des Iran, einschließlich der Vertreter der Hisbollah-Bewegung“, sagte Lawrow am Montag im Anschluss an die Verhandlungen mit seinem jordanischen Amtskollegen.

In diesem Format wirke Russland mit den syrischen Regierungstruppen zur Eindämmung des Terrorismus, zur Beendigung des Bürgerkriegs, zur Lösung von humanitären Problemen sowie zur politischen Regelung des Konflikts zusammen.

Lawrow unterstrich zudem die Rolle Saudi-Arabiens bei der Lösung der Syrien-Krise. „Wir sind der Ansicht, dass Saudi-Arabien auf die Lösung der syrischen Krise tatsächlich eingestellt ist, das hat sich auch zu Anfang des Astana-Prozesses bestätigt, als Russland, die

Türkei und der Iran diesen schafften“, so Lawrow. Damals habe sich Riad sofort zur Unterstützung dieses Prozesses, zur Bildung von Deeskalationszonen sowie zur Umsetzung anderer in Astana vorgebrachten Initiativen bereit erklärt.

Lug-info.com: Die Abgeordneten des Volkssowjets der LVR haben heute auf der Plenarsitzung den Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden des Parlaments Wladislaw Dejnego auf vorzeitiges Ausscheiden aus der Funktion und aus dem Amt eines Abgeordneten in Zusammenhang mit einer Funktion, die nicht mit der Abgeordnetentätigkeit vereinbar ist, behandelt und gebilligt.

„Ich bitte meinen Antrag zu unterstützen und möchte aus diesem Anlass allen für die gemeinsame Arbeit danken. Es war sehr angenehm, mit Ihnen zu arbeiten“, sagte Dejnego zu den Abgeordneten.

„Leider stehen jetzt vor mir andere Aufgaben. Bezüglich der Ernennung werde ich etwas später informieren, solange werde ich die Spannung noch aufrecht erhalten“, fügte er hinzu. Die Parlamentarier stimmten einstimmig für den Antrag Dejnegos.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR wurde der Vorsitzende des Komitees zu Fragen der Industrie- und Agrarpolitik, Bauwesen und Kommunalwirtschaft, Infrastruktur, Transport und den Treibstoff- und Energiekomplex Dmitrij Choroschilow gewählt.

Ukrinform.ua: Poroschenko: Saakaschwilis Grenzdurchbruch darf nur in Rechtsebene behandelt werden

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, sagte heute bei der Beratung über die Entwicklung der Landmedizin, der Vorfall mit dem illegalen Grenzübertritt von Micheil Saakaschwili und einer Gruppe von Parlamentsabgeordneten dürfe nicht in der politischen, sondern ausschließlich in der Rechtsebene behandelt werden, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Der Vorfall, der sich gestern an der Landesgrenze der Ukraine in „Schegini“ ereignet hat, bedarf, meiner Meinung nach, keiner politischen Kommentare. Wir müssen und werden ihn ausschließlich in der rechtlichen Ebene kommentieren“, sagte Poroschenko.

de.sputniknews.com: Kreml bezeichnet Situation um Saakaschwili als "Clownerie"

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hält die Situation um den ehemaligen Präsidenten Georgiens und früheren Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, für eine Kuriosität und eine politische Clownerie.

„Wissen Sie, auf der Kreml-Agenda stehen sehr viele ernsthafte Fragen, die berücksichtigt werden müssen. Damit beschäftigen wir uns. Ich denke nicht, dass das Thema (Saakaschwili) in diese Kategorie fällt. Es ist eher als Kuriosität einzustufen und ist eine politische Clownerie“, sagte Peskow zu Journalisten.

Am Sonntag war mitgeteilt worden, dass der ehemalige Präsident Georgiens und frühere Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, über den ukrainisch-polnischen Grenzübergang Schegini in die Ukraine gelangt sei. Laut den jüngsten Angaben traf er bereits in Lwiw ein, um sich mit einer Reihe von Politikern zu treffen und eine Pressekonferenz zu geben.

Zuvor hatte Saakaschwili die Absicht bekundet, am 10. September in die Ukraine zurückzukehren. Zunächst wollte er mit dem Bus den polnisch-ukrainischen Grenzübergang Krakowez passieren, später entschied er sich für den Zug. Beamten der ukrainischen Eisenbahngesellschaft „Ukrnalisnyzja“ sollen ihm aber verboten haben, per Zug die Grenze zu überqueren. Letztlich erreichte Georgiens Ex-Präsident den Grenzübergang Schegini mit dem Bus und passierte diesen zu Fuß.

Am 26. Juli hatte der ukrainische Migrationsdienst bestätigt, dass dem ehemaligen Präsidenten Georgiens und ehemaligen Gouverneur von Odessa die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen worden war, weil er falsche Angaben bei der Einbürgerung gemacht hätte. Die ukrainische Staatsbürgerschaft könne keinen Personen gewährt werden, die in anderen Ländern schwere Straftaten begangen haben, die gerichtlich verfolgt werden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31739/19/317391982.jpg>

de.sputniknews.com: **The Washington Post besorgt über Russlands Nichteinmischung in Bundestagswahlen**

Die amerikanische Zeitung „The Washington Post“ äußert sich besorgt über die Nichteinmischung Russlands in die bevorstehenden Bundestagswahl in Deutschland. Die Zeitung, die bekannt für ihre zahlreichen Publikationen über die „Verbindungen“ zwischen Moskau und der US-Regierung sowie über „russische Hacker“ ist, hat einen Artikel unter dem Titel „Während sich die Deutschen vorbereiten, ihre Stimmen abzugeben, gibt es ein Rätsel: Wo sind die Russen?“ veröffentlicht.

Der Artikel erinnert an den Vorfall, als 2015 gewisse Hacker (aus der Sicht der Autoren – Russen) die Computer des deutschen Parlaments angegriffen und etwa 16 Gigabyte Daten gestohlen haben.

Seitdem haben die deutschen Politiker laut dem Blatt „nervös“ gewartet, wann die einen oder anderen Daten auftauchen werden und ein Skandal beginnt.

„Viele haben mit Vorsicht auf den September 2017 geschaut – die Zeit der nächsten Wahlen in Deutschland – als ein mögliches Fenster für eine Einmischung Russlands, um erneut die Basis der westlichen Demokratie zu untergraben“, schreibt WP.

Es seien noch zwei Wochen bis zur Bundestagswahl und Angela Merkel, die laut den Autoren die „Todfeindin“ von Wladimir Putin ist, soll auf dem Weg zum Sieg sein, während die gestohlenen Daten immer noch nicht aufgetaucht seien.

Darüber hinaus führe die „russische Propaganda“ keine Desinformationskampagne und sogar die „Kremlbots“ seien „misstrauisch ruhig“, beschwert sich das Blatt

Aus der Sicht der Zeitung ist dies zu einem Mysterium auch für Beamte und Experten geworden.

Die Autoren des Artikels fragen sich, was hinter dem Verhalten Russlands in dieser Situation steht: ein deutscher Erfolg in der Cyber-Sicherheit, die Entscheidung des Kremls „sich zurückzuziehen“ oder will Moskau nur „abwarten“?

Seit der Wahlkampagne von Donald Trump hat „The Washington Post“ beim Versuch, ihn zu deskreditieren, ohne irgendwelche Beweise aktiv über seine angebliche Verbindungen zu Russland geschrieben. Außerdem repliziert die Zeitung die nicht unterstützten Informationen über angebliche russische Cyberangriffe auf die USA und andere Länder.

In einem kürzlich erschienenen Artikel hatte die Zeitung über einen angeblichen administrativen Druck auf den WP-Reporter Andrew Roth geschrieben. Russlands Außenministerium hatte die Meldung als unglaubwürdig verurteilt. Im entsprechenden Artikel gebe es eine „fragliche Passage“, hieß es aus dem russischen Außenamt. Der Autor des Artikels hatte der Behörde zufolge weder Namen noch Funktion der Mitarbeiter der russischen Behörden genannt, die ihn angeblich unter Druck gesetzt haben sollen. „Derartige erfundene Vorwürfe überlassen wir dem Gewissen dieser Zeitung“, so die Mitteilung der russischen Außenbehörde, die online veröffentlicht wurde.

Dnr-online.ru: Unter den Bedingungen der Stabilisierung der Ökonomie haben Prozesse der Planung, der rechtzeitigen Analyse und Prognose für die Organisation des Systems des Monitorings der Entwicklung und der Verwendung von Ressourcen der administrativ-territorialen Einheiten, die Schaffung einer ganzheitlichen Informationsbasis, die es erlaubt eine Analyse bezüglich der quantitativen und qualitativen Bewertung der territorialen, ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung der Städte und Bezirke der Republik durchzuführen, eine besondere Bedeutung, teilte der Pressedienst des Ministeriums für ökonomische Entwicklung mit.

Grundlegendes Instrument für die Lösung dieser Aufgaben sowie für die Festlegung von Prioritäten und Richtungen der staatlichen Regulierung der Wirtschaft und ihrer strukturellen Komponenten wird ein Zertifikat der sozialökonomischen Entwicklung der Stadt/des Bezirks der DVR sein.

Die Erstellung der Zertifikate für diese Territorium ist in der Notwendigkeit begründet, eine optimale Zahl von Kennziffern zu wählen, die ausreichend Informationen für die Auswahl von Entwicklungsstrategien bieten. Derzeit wird vom Ministerium für ökonomische Entwicklung der DVR eine Methodik für die Erstellung des Zertifikates der sozialökonomischen Entwicklung ausgearbeitet, die ein einheitliches Herangehen an seine Erstellung festlegt und den Ablauf, die allgemeinen Prinzipien und die organisatorisch-methodologischen Grundlagen bestimmt.

Die sozialökonomische Entwicklung der Republik hängt in vielen vom Zustand der Ökonomie und der sozialen Sphäre der zu ihr gehörenden administrativ-territorialen Untereinheiten ab.

Mit diesem Ziel wurde vom Ministerium für ökonomische Entwicklung ein Fragebogen zur sozialökonomischen Entwicklung der Städte/Bezirke der DVR im ersten Halbjahr 2017 ausgearbeitet, der objektive Informationen über reale Kennziffern des sozialökonomischen Zustands und Entwicklungstendenzen der Städte und Bezirke ermitteln soll.

Auf Grundlage aller Informationen wird das Zertifikat der sozialökonomischen Entwicklung für die DVR erarbeitet, das jährlich erneuert wird.

de.sputniknews.com: Putin und Merkel verurteilen Nordkorea

Russlands Präsident Wladimir Putin und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel haben am Montag am Telefon über den Atomstreit mit Nordkorea gesprochen.

Wie der Kreml mitteilte, verurteilten die beiden Politiker Nordkorea wegen der Missachtung der UN-Resolutionen, betonten jedoch, dass der Streit um Nordkoreas Atom- und Raketenprogramme nur friedlich — durch Verhandlungen aller verwickelten Seiten — beigelegt werden könne.

Nordkorea hatte sich 2005 zur Kernwaffenmacht erklärt und führte seitdem mehrere

Atomtests durch, auf die der UN-Sicherheitsrat mit Sanktionen reagierte. Beim jüngsten Test am 3. September zündete das kommunistische Land nach eigenen Angaben eine Wasserstoffbombe.

Dnr-online.ru: Mehr als 3000 Objekte des Wohnungsfonds von Gorlowka sind für die Heizperiode bereit, teilte der Bürgermeister der Stadt Iwan Prichodko mit.

„In diesem Jahr wurden für die Vorbereitung auf den Winter etwa 327 Millionen Rubel für Objekte jeder Eigentumsform ausgegeben. Von 138 Heizwerken, die in Gorlowka in Betrieb sind, sind 135 vollständig für den Betrieb bereit, die Arbeit an zwei Objekten ist bis Ende der Woche abgeschlossen, ein Heizwerk in der Schule Nr. 15 nehmen wir nicht in Betrieb, weil sie zerstört ist“, teilte der Bürgermeister mit.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Iwan Prichodko den Arbeiten zur Vorbereitung des Wohnraums für den Winter.

„Die Arbeiten in 3135 Häusern, die für die Herbst- und Winterzeit vorbereitet werden, sind zu 100% abgeschlossen, darunter sind 1881 Häuser mit Zentralheizung. Bisher ist noch kein Streumaterial geliefert, aber diese Frage wird in den nächsten zwei Wochen gelöst“, berichtete er.

Es muss angemerkt werden, dass im Zeitraum von Juni bis September 2017 von den ukrainischen Truppen in Gorlowka 124 private Häuser zerstört wurden.

de.sputniknews.com: **Telefonat mit Bundeskanzlerin: Putin stimmt Merkels Anregungen zu Donbass zu**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich in einem Telefongespräch mit Angela Merkel bereit erklärt, Vorschläge der Bundeskanzlerin zur künftigen UN-Mission im ostukrainischen Kriegsgebiet Donbass im entsprechenden russischen Resolutionsentwurf zu berücksichtigen. In dem Telefonat sei Putin auf die russische Initiative zur Entsendung einer UN-Mission in den Donbass eingegangen, um die dortigen OSZE-Beobachter zu unterstützen, teilte der Kreml mit.

„Unter Berücksichtigung der von Angela Merkel formulierten Erwägungen erklärte sich der russische Präsident bereit, die Funktionen der UN-Mission, wie sie im russischen Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrats vorgeschlagen werden, entsprechend zu ergänzen.“

Unter anderem gehe es darum, dass die UN-Mission die OSZE-Beobachter nicht nur an der Frontlinie beschützen solle, sondern überall dort, wo sie gemäß dem Minsker Maßnahmenpaket im Einsatz seien.

Putin hatte Anfang September angekündigt, Russland lege dem UN-Sicherheitsrat demnächst einen Resolutionsentwurf vor, der den Einsatz einer UN-Friedensmission im Donbass zu ermöglichen solle. Die Blauhelme sollen demnach für die Sicherheit der OSZE-Beobachter an der so genannten Kontaktlinie zwischen der ukrainischen Armee und den Volkswahren der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ost-Ukraine sorgen...

abends:

de.sputniknews.com: **„Größer denn je“: Ukraine startet Militärübungen mit USA**

Die ukrainisch-amerikanischen Militärübungen „Rapid Trident-2017“ sind am Montag im Gebiet Lwiw offiziell eröffnet worden, meldet das Verteidigungsministerium der Ukraine. In diesem Jahr nehmen ungefähr 2.500 Militärs aus 15 Ländern an den Übungen teil. Außer

der Ukraine selbst und der USA sind unter den Teilnehmerländern auch Bulgarien, Kanada, Georgien, Estland, Italien, Lettland, Litauen, Moldawien, Norwegen, Polen, Rumänien, die Türkei und Großbritannien. Die größten ausländischen Kräfte kommen aus den Vereinigten Staaten und Kanada – insgesamt etwa 500 Militärs.

Für die Durchführung der Übungen sind mehrere Dutzend Einheiten von Automobil- und leicht gepanzerten Fahrzeugen, zwei Hubschrauber Mi-8 sowie Flugzeuge An-26 und Lockheed C-130 Hercules eingesetzt. Darüber hinaus wird auch das Waffentrainingssystem der US-Streitkräfte MILES (Multiple Integrated Laser Engagement System, „ganzheitliches Multi-Laser-Gefechtssystem“) verwendet.

Zuvor haben Medien mitgeteilt, dass ukrainische Soldaten laut dem Verteidigungsminister des Landes, Stepan Poltorak, dank der gemeinsamen Vorbereitung Kriterien und Standards der Nato-Länder „kennenlernen“ können. Die Partner könnten wiederum Erfahrungen von den ukrainischen Militärs übernehmen, die diese bei den Kampfhandlungen im Donbass erhalten haben. Die Übungen „Rapid Trident-2017“ sind nach Angaben von Poltorak „größer denn je“. Der russische Militärexperte Wiktor Baranez hatte gegenüber Radio Sputnik gesagt, dass es bei diesen Übungen mehr Propaganda als praktischen Sinn gebe. Er verwies darauf, dass dieses Manöver im Vorfeld der russisch-weißrussischen Militärübungen „Zapad 2017“ („Westen 2017“) begonnen habe. Alle Nato-Übungen haben ihm zufolge die gleiche Legende: „Ein großer östlicher Nachbar greift ein kleines hilfloses Land an.“

Das Manöver „Rapid Trident“ wird seit 2006 im Rahmen des Programms „Partnerschaft für Frieden“ durchgeführt.

[ukrinform.ua: Saakaschwili will auf politische Tour durch Ukraine](#)

Der ehemalige Vorsitzende der regionalen Staatsverwaltung von Odessa, Micheil Saakaschwili, der gestern die Staatsgrenze der Ukraine passiert hatte, hat auf dem Briefing in Lwiw die Absicht bekundet, eine politische Tour durch alle Regionen unseres Landes zu machen, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Ich habe vor, alle Regionen der Ukraine zu bereisen, mich mit individuellen Personen und verschiedenen politischen Kräften zu vereinen“, sagte Saakaschwili.

Wann er sich auf die Tour begeben und welche Region er, als erste besuchen wird, wird sich bei der Konsultation mit den Kollegen der politischen Kraft „Bewegung neuer Kräfte“ und mit Anführern der anderen politischen Kräften entscheiden.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_09/thumb_files/630_360_1505106967-2283.jpg

de.sputniknews.com: Trotz aller Schwierigkeiten: Ukrainer reisen häufiger nach Russland
Ukrainer reisen nach den Angaben des ukrainischen Wirtschafts- und Handelsministeriums häufiger nach Russland – im ersten Halbjahr 2017 ist die Zahl der ukrainischen Bürger, die Russland besucht haben, um 56 Prozent gestiegen.

Im ersten Halbjahr 2017 reisten 12,5 Millionen ukrainische Touristen durch die Welt, heißt es auf der Webseite des Wirtschafts- und Handelsministeriums der Ukraine. Die meisten Touristen reisten nach Polen – mehr als vier Millionen Menschen, was um 45,4 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2016 ist.

Nach Russland reisten mehr als 2,6 Millionen Ukrainer. Im vergangenen Jahr waren es 1,7 Millionen. Auf dem dritten Platz der Liste der Länder, in die ukrainische Bürger reisten, landete Ungarn – 1,4 Millionen Ukrainer besuchten dieses Land.